

# **Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg**



## **Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung „15 Jahre PDS in Brandenburg“**

**18. Juni 2005**

**Heft 1/4**





Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg

Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
„15 Jahre PDS in Brandenburg“  
18. Juni 2005

Heft 1/4

***Impressum:***

**Herausgeber:** AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS

**Zusammengestellt und bearbeitet:** Dr. Gerlinde Grahn

**Redaktionsschluss:** Januar 2006

**Technische Gestaltung:** Reinhard Frank

**Umschlag:** Altes Rathaus Potsdam

**Foto:** Archiv der PDS

**Druck:** Eigendruck der Landesgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS Brandenburg

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkungen</b>	<b>6</b>
<b>Eröffnung</b>	<b>7</b>
Dr. Gerlinde Grahn (Sprecherin der AG Geschichte beim Landesvorstand der Linkspartei. PDS Brandenburg)	
<b>Neuanfang und Entwicklung der PDS</b>	<b>10</b>
Jürgen Akuloff (Vorsitzender der Linkspartei. PDS-Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming)	
Rolf Kutzmutz (Geschäftsführer des Bundesvorstandes der Linkspartei. PDS, Stadtverordneter in Potsdam)	
Anita Tack (Abgeordnete der Linkspartei. PDS im Landtag Brandenburg)	
<b>Programmatik und Strategie</b>	<b>13</b>
Lothar Nicht (Mitarbeiter der Linkspartei. PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg)	
Dr. Wolfram Adolphi (Mitarbeiter in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.)	
Dr. Andreas Trunschke (Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.)	
<b>Die PDS im Parteiengefüge des Landes Brandenburg</b>	<b>19</b>
Prof. Dr. Jürgen Dittberner (Universität Potsdam)	
<b>Persönlichkeiten</b>	<b>25</b>
Dr. Helmuth Markov (Abgeordneter der Linkspartei. PDS im Europa-Parlament)	
Heinz Vietze (Parlamentarischer Geschäftsführer der Linkspartei. PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg)	
Auszug aus dem Vorwort von Wolfram Adolphi zum Buch »Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000«,	

## Vorbemerkungen

Am 18. Juni 2005 veranstalteten die „Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg“ e.V. und die Gruppe „Zur Geschichte der PDS Brandenburg“ in der AG Geschichte beim Landesvorstand im Kulturhaus „Altes Rathaus“ in Potsdam ein Kolloquium anlässlich des 15. Jahrestages des Bestehens des Landesverbandes Brandenburg der PDS.

Die Diskussionspartner auf dem Podium und die Gäste im Saal - überwiegend Mitbegründer der PDS im Land und auch heute noch politisch aktiv Tätige – prägten den Charakter der Veranstaltung. Der Rückblick auf die Geschichte der PDS im Land war so eng verbunden mit der Tagespolitik der PDS. Das bedeutet nicht, dass Geschichte als Mittel der Politik gesehen wurde, sich aber aus der Diskussion um die Entwicklung der PDS seit 1989/90 zwangsläufig Fragen zu ihrem gegenwärtigen Agieren ergaben. Aus aktuellem Anlass war das vor allem das Zusammengehen mit anderen linken Kräften im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen PDS und WASG, an denen die Brandenburger PDS-Vertreter Rolf Kutzmutz und Heinz Vietze maßgeblich beteiligt waren. Aber auch andere wichtige Fragen wurden angesprochen wie der Umgang der PDS mit den Intellektuellen, die Umweltproblematik, das Demokratieverständnis der jungen und der älteren Generation innerhalb der Partei.

Die Veranstalter sehen im Kolloquium, in Verbindung mit den Heften der Publikationsreihe „Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg“, den Beginn der systematischen Erforschung der Geschichte der PDS in Brandenburg. Sie wenden sich an alle Mitglieder der PDS im Lande – an die älteren v.a. mit der Bitte um die Mitteilung ihrer Erfahrungen und Erlebnisse, - an die jüngeren mit dem Wunsch, mit den Erfahrungen der Älteren kritisch umzugehen, vielleicht auch manches in Frage zu stellen und ihre eigenen Vorstellungen zu Sinn und Zweck dieser Partei einzubringen.

Erreicht werden sollen auch möglichst viele Nichtmitglieder der PDS, deren kritische Sicht produktiv für das Agieren der Partei sein kann.

Für die vorliegende Veröffentlichung wurden einige Beiträge überarbeitet, nur mündlich Vorgetragenes schriftlich fixiert und in den Fällen, in denen die Beiträge nicht schriftlich vorlagen, kurze Resümees der Diskussion gegeben. In den Abschnitt zu den Persönlichkeiten wurde zusätzlich ein Beitrag über die drei „Gründungsväter“ des Landesverbandes – Heinz Vietze, Prof. Dr. Lothar Bisky und Prof. Dr. Michael Schumann aufgenommen.

## **Eröffnung**

Im Namen der „Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg“ e.V. und der Gruppe „Zur Geschichte der PDS Brandenburg“ in der AG Geschichte beim Landesvorstand begrüße ich alle Anwesenden ganz herzlich zu diesem Kolloquium.

Wie der Einladung zu entnehmen ist, haben wir uns bemüht, Genossen zu gewinnen, die auf unterschiedlichen Ebenen den Erneuerungsprozess von der SED zur PDS und die Politik der PDS in den vergangenen 15 Jahren aktiv mitgestaltet haben.

Aber ganz wichtig war uns auch die Sicht von Außenstehenden auf unsere Partei, das „Echo“ auf unsere Wirksamkeit in der Öffentlichkeit. Deshalb möchte ich ganz herzlich Herrn Prof. Dr. Dittberner, Parteienforscher an der Universität Potsdam begrüßen, von dem wir uns einen kritischen und zu Diskussionen anregenden Blick auf unsere Parteientwicklung erhoffen.

Unsere Landesparteiorganisation kann auf eine fünfzehnjährige Geschichte zurückblicken, in der sie die Entwicklung im Lande mitgeprägt und sich selbst weiterentwickelt hat.

Die Beschäftigung mit historischen Fragestellungen war in der Partei in den vergangenen 15 Jahren jedoch sehr sporadisch, meist mit bestimmten Ereignissen oder Kampagnen verbunden, die uns zum Teil aufgenötigt wurden. Es gab politische Erklärungen von unterschiedlichen Gremien der Partei, die nicht von allen Mitgliedern verstanden bzw. zu denen es andere Auffassungen gab und folglich nicht immer mitgetragen wurden.

Es ist höchste Zeit, auch mit Blick auf die vor uns stehenden Aufgaben, festzuhalten, was geschehen ist und notwendige Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Dass wir uns mit unserer Geschichte in den letzten Jahren beschäftigen sollten, scheint mir auch deshalb wichtig, weil die Zeitzeugen älter werden oder schon nicht mehr unter uns sind, wie Michael Schumann, die Erinnerung verblasst und Dokumente oft schon verloren gegangen sind.

Nicht alles war eine Erfolgsgeschichte. Bewahrenswertes sollten wir bewusst aufnehmen und uns kritisch mit dem weniger gut Gelingenem auseinandersetzen.

Einer der wesentlichen Ausgangspunkte der Geschichte unseres Landesverbandes war der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989, dessen Verlauf Vertreter der drei Bezirksparteiorganisationen der SED, insbesondere der Potsdamer, wesentlich mitbestimmten. Sie hatten einen nicht unbedeutenden Anteil am Ende der SED und der Suche nach einer neuen demokratischen, sozialistischen Partei.

Die Erfahrungen, die der Landesverband der PDS nach seiner Bildung im Juni 1990 einbrachte, waren von großer Bedeutung für die Partei im Rahmen der gesamten Republik. Erinnert sei hier nur an den von der PDS mitgestalteten Brandenburger Weg mit einer demokratischen, für ganz Deutschland beispielhaften Verfassung, an die Debatten um eine Regierungsbeteiligung im Zusammenhang mit den Thesen „Quo vadis Brandenburg“ u.a.. Hinzuzufügen wären andere wichtige Seiten der Landespolitik der PDS, so auf den Gebieten Bildung, Wirtschaft und der Kommunalpolitik.

In der Partei vollzog sich ein tiefgreifender Erneuerungsprozess, in dessen Mittelpunkt das jahrelange Ringen um das Parteiprogramm, um das Statut und eine effektive Struktur und

Organisation der Arbeit standen. Die Partei hatte und hat ihre Existenzberechtigung über einen langen Zeitraum in einer globalisierten kapitalistischen Welt zu beweisen.

Einige Worte zum Stand der Forschungen zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg und zur Popularisierung ihrer Ergebnisse.

Im Rahmen der AG Geschichte fand sich eine kleine Gruppe von Enthusiasten zusammen, die begann, sich mit unserer eigenen Geschichte zu beschäftigen. Gleiches geschah in der Arbeitsgruppe Geschichte in Cottbus.

Anregungen vermittelten uns der Landesverband Sachsen-Anhalt, der zum 10. Jahrestag der PDS eine zweibändige Publikation herausgab, und die IG Geschichte des Stadtverbandes Suhl, die 2002 einen Band zur Geschichte ihrer Organisation veröffentlichte.

Erste Arbeitsergebnisse waren die beiden Teile der „Chronik der PDS im Land Brandenburg“, die bis 1999 erschienen und „Die PDS in Cottbus. Chronik“, von der bislang drei Hefte vorliegen.

Im Jahr 2000 wurde anlässlich des zehnten Jahrestages unseres Landesverbandes von Lothar Bisky und Anita Tack, unabhängig von der AG Geschichte, die Publikation „Zehn Jahre PDS in Brandenburg. mitdenken nachdenken umdenken“ herausgegeben.

Da die Auflagen dieser Veröffentlichungen weitgehend vergriffen sind, vermute ich, dass sie auf ein gewisses Interesse gestoßen sind.

Im Oktober 2001 beschloss der Landesvorstand eine von der AG Geschichte eingebrachte Konzeption für einen Sammelband „Zur Geschichte der PDS in Brandenburg“. Der Band sollte der Darstellung der Entwicklung der Partei seit 1989/1990 sowohl für das Selbstverständnis unserer Mitglieder als auch der Information der Öffentlichkeit dienen. Ziel war es, anhand von Dokumenten und Zeitzeugenberichten ein lebendiges Bild von der Wirksamkeit der Partei in den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft zu vermitteln. Eine systematische Darstellung der Geschichte der PDS im Land Brandenburg war hingegen noch nicht beabsichtigt.

Vor allem aus personellen Gründen kam der Band in der geplanten Form zwar noch nicht zustande, aber mit dem jetzt vorliegendem Heft 1 in drei Teilen der neu eingerichteten Reihe „Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg“ wurde der Anfang gemacht.

Wie könnte es weitergehen mit den Arbeiten zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg? Die inhaltliche Seite sollte sich an der schon 2001 entwickelten Konzeption orientieren und mit den von der Bundesstiftung beabsichtigten zentralen Forschungen koordiniert werden.

Wie die bisherigen Erfahrungen bei der Erarbeitung des ersten, hier allen vorliegenden Heftes zeigen, müssen wir auf jeden Fall stärker problem- und basisorientiert vorgehen. Das bezieht sich unter anderem auf:

- das Ringen um die programmatische Orientierung im Rahmen der Gesamtpartei;
- die Spezifik des Wirkens der PDS im Land Brandenburg unter Beachtung der Konstellation der politischen Kräfte seit der Wende (von der Mehrheitsregierung der SPD zur Großen Koalition SPD - CDU) bei hohem PDS-Stimmenanteil, der spezifischen wirtschaftlichen Lage im Flächenland Brandenburg („Speckgürtel“ zu Berlin, Zerstörung der industriellen Basis in einzelnen Regionen, Einbrüche in der Landwirtschaft) und der Fusionsproblematik Berlin – Brandenburg;



- den Platz von Kultur, Kunst und Wissenschaft in der Landespolitik der PDS;
- die PDS und die Umweltproblematik im Land.

Untersucht werden sollte der Prozess der Erneuerung vor allem in den Basisorganisationen und Kreisen; die Arbeit in den Parlamenten auf den unterschiedlichen Ebenen, die außerparlamentarische Arbeit und anderes, wobei der konkreten Zeitzeugenbefragung und dem Auswerten der noch vorhandenen Dokumente große Bedeutung zukommt.

Letztendliches Ziel sollte die Erarbeitung einer systematischen Darstellung der Geschichte unseres Landesverbandes sein.

Für die weitere Beschäftigung mit unserer Parteigeschichte genügt es nicht, an bestimmten Festtagen Erfolge zu feiern und sich wehmütig zu erinnern.

Kritisches Sichten, Werten und die gewonnenen Einsichten möglichst vielen zu vermitteln, sollte das Anliegen nicht nur der wenigen, noch zu uns gehörenden Historiker, sozusagen als deren Hobby sein, wie wir es leider nicht selten zu hören bekommen. Die Unterstützung der Forschungen und der Popularisierung ihrer Ergebnisse sollte fester Bestandteil des Arbeitsprogramms des Landesvorstandes sein.

Von unserer Gruppe vorbereitet werden weitere Hefte u.a. zu den IG/AG und anderen landesweiten Zusammenschlüssen, zur Landesschiedskommission, zum Landesparteirat, zu den PDS-nahen Vereinen und Verbänden.

Geplant ist die Fortsetzung der Reihe der Chroniken.

Zwei weitere Momente sind hier unbedingt anzusprechen: das ist einmal die personelle Seite der weiteren Arbeit – hier wäre eine Abstimmung zwischen dem Landesvorstand bezüglich der Gruppe in der AG Geschichte und der Landesstiftung wünschenswert.

Zum anderen muss über die vom Landesvorstand zu koordinierende Zusammenarbeit der einzelnen Kreisverbände und den Erfahrungsaustausch sowohl innerhalb des Landes als auch mit anderen Ländern, z.B. Sachsen-Anhalt und Kreisen wie z.B. Suhl, nachgedacht werden.

# Neuanfang und Entwicklung der PDS

Gesprächspartner von Dr. Lothar Schröter, Mitglied des Vorstandes der „Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg“ in einer ersten Runde der Podiumsdiskussion waren Jürgen Akuloff (Luckenwalde), Rolf Kutzmutz (Potsdam) und Anita Tack (Potsdam). Die drei hatten den Erneuerungsprozess von der SED zur PDS sowohl in den Kreisen Luckenwalde und Potsdam und im Land als auch die Politik der PDS von der Wende bis zur Gegenwart aktiv mitgestaltet. Ein erster Gesprächsgegenstand waren die Lebensläufe der Diskussionspartner als „erster Nachkriegsgeneration“ nach dem zweiten Weltkrieg - ihre berufliche Entwicklung, ihr familiäres Umfeld und ihr politischer Werdegang. Alle drei waren in der DDR im Partei- und Staatsapparat tätig und zwei von ihnen - Jürgen Akuloff und Rolf Kutzmutz - Delegierte des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS im Dezember 1989 und Vorsitzende von Kreisvorständen der SED und der PDS. Sie erlebten spürbar an der eigenen Person die Veränderungen von der SED als der staatstragenden Partei zur PDS als einer Partei unter vielen anderen. Mit der Frage: Was wäre die BRD auf den Ebenen Kommune, Land und Republik ohne PDS? wandte sich die Diskussionsrunde dem Platz der PDS im politischen Leben der BRD heute zu.

**Jürgen Akuloff<sup>1</sup>** und **Rolf Kutzmutz** vermittelten Erfahrungen, die sie in der kommunalpolitischen Arbeit in ihren Städten gesammelt hatten. Dort musste die PDS ihre Politikfähigkeit beweisen, musste Demokratie sowohl im Stadtparlament als auch in der Partei lernen. Wie Rolf Kutzmutz anmerkte, wäre Potsdam schon wieder in der Vergangenheit angekommen, wenn es die PDS nicht gäbe, obwohl er mit manchen Haltungen der Potsdamer PDS, z.B. hinsichtlich der Innenstadtpläne nicht ganz einverstanden sei.

Darüber hinaus ging Rolf Kutzmutz besonders auf die Bedeutung der Existenz der PDS für die linken Parteien in den europäischen Ländern ein. Für diese sei es ein Gewinn, dass die PDS aktiv am politischen Leben der BRD beteiligt ist und sie darauf Bezug nehmen können.

## Anita Tack

### Gute Ergebnisse in der kommunalpolitischen Arbeit<sup>2</sup>

Als Mitbegründerin des „kommunalpolitischen forums Land Brandenburg“ e.V. im Jahre 1991 und dessen langjährige Vorsitzende (von 1991 bis 1999) erinnere ich mich gut der Anstrengungen, die es kostete, sich in der Kommunal- und Landespolitik in die Rolle einer sozialistischen Opposition hinein zu finden. Zu erbringen war der Beweis, dass wir es mit unserer

---

<sup>1</sup> Hier sei verwiesen auf den ausführlichen Zeitzeugenbericht von Hans-Jürgen Akuloff in der Veröffentlichung Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg. Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte. Heft 1 / 2, S. 22-24. Potsdam 2005.

<sup>2</sup> Kurzfassung des auf dem Kolloquium gehaltenen Beitrages

Arbeit vermochten, die Dinge sozial gerechter zu gestalten, als das ohne unser Wirken geschehen wäre.

Für mich war das „kommunalpolitische Forum“ ein wichtiger Ort der innerparteilichen kommunalpolitischen Bildung, mehr noch und vor allem aber ein Ort der Öffnung der Partei in die Gesellschaft insgesamt. Wie kaum auf einem anderen Gebiet wurde hier die Entwicklung von Kontakten zu anderen Vereinen und Verbänden in Angriff genommen, gelang es, Referentinnen und Referenten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu gewinnen, wurden internationale Verbindungen aufgebaut. Nur ein Beispiel dafür will ich hier nennen: das im Januar 1993 gemeinsam mit dem Europäischen Bürgerforum in Seelow veranstaltete Symposium „Entstaatlichung der Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in Osteuropa“.

Zwischen den ersten Jahren der PDS-Kommunalpolitik und der Gegenwart gibt es einen ganz bedeutsamen Unterschied, und der besteht darin, dass es damals noch einen großen aus der DDR mitgebrachten Schatz an Erfahrungen und Expertise gab. Natürlich musste auch damals sehr Vieles völlig neu gelernt werden – aber mit der vorhandenen Fachausbildung vieler Kommunalpolitikerinnen und -politiker war eine solide Grundlage gegeben. Wie aber können wir heute, da viele junge Leute in die Kommunal- und Landespolitik kommen, eine adäquate Aus- und Weiterbildung sichern? Welche beruflichen Anforderungen stellen wir an unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Parlamente? Was tun wir, dass sie, wenn sie gewählt sind, sich weiterbilden können? Gute, wirklich eingreifende Politik erfordert – egal, ob sie in Regierungsverantwortung oder in der Opposition betrieben wird – hervorragend ausgebildete Fachleute, die zugleich eine Menge von Politik und auch von Leitungs- und Organisationsprozessen verstehen. Das „kommunalpolitische forum“ steht vor neuen großen Aufgaben.

Zu einer lebhaften und interessanten Diskussion kam es zwischen dem Podium und den Teilnehmern der Veranstaltung über den konkreten Erneuerungsprozess in der SED und PDS. Über eine „oppositionelle Gruppe“ an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam-Babelsberg vor und in der Wende und die Rolle der „Potsdamer“ auf dem Außerordentlichen Parteitag berichtete **Kurt Libera** (Potsdam).

**Axel Henschke**, Vorsitzender der PDS Frankfurt (Oder), schilderte die Veränderungen von der SED zur PDS in der Stadt und im Selbstverständnis der Partei seit der Wende. In der Wendezeit, als viele soziale Einrichtungen in freie Trägerschaft übergingen, hätten sich viele PDS-Mitglieder dort engagiert. Deren Anzahl verringere sich aber ständig, da junge Leute als Ablösung fehlten.

In der parlamentarischen Arbeit mache sich positiv eine zunehmende „Umwegerentabilität“ bemerkbar, d.h. anfangs wurde in der Stadtverordnetenversammlung prinzipiell alles abgelehnt, was von der PDS kam. Gute Vorschläge der PDS wurden von anderen Parteien als die ihren eingebracht. Jetzt sei man so weit, dass immer stärker die guten Anträge der anderen ohne Umwege unterstützt würden.

In der PDS scheint heute das Demokratieverständnis differenzierter zu sein. So haben junge Leute, die jetzt zur PDS kommen, ein anderes Politikverständnis als die Älteren. Sie wollen mehr Abgrenzung gegenüber anderen, auch linken Richtungen und weniger das Aufeinanderzugehen.

Die Antworten auf die abschließende Frage des Moderators: Wie wird die PDS in 15 Jahren aussehen? bezogen sich weitgehend auf Probleme, die die PDS gegenwärtig beschäftigen.

**Rolf Kutzmutz** stellte fest, dass die Vereinigte Linke in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht wird. Dabei sei auch der Name nicht unwesentlich, weil sich damit Vorstellungen von der Programmatik verbinden. Zum aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen PDS-WASG merkte er an, dass ein erster Schritt das Wahlprogramm sei, was schon aus Zeitgründen wichtig wäre, wobei partei- und wahlrechtliche Aspekte zu beachten seien. PDS-WASG sei z.Zt. ein Zweckbündnis der Linken, das in den kommenden zwei Jahren weiter ausgebaut werden müsse.

Der Inhalt der Arbeit der PDS muss weiterhin deutlich sichtbar bleiben. Die Ziele müssen der Öffentlichkeit verständlich vermittelt werden.

# Programmatik und Strategie

In einer zweiten Runde ging es um Programmatik und Strategie im Landesverband von der Wendezeit bis zur Gegenwart. Unter der Moderation von Gerd-Rüdiger Stephan, Geschäftsführer der „Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg“, debattierten Dr. Wolfram Adolphi (Potsdam), Lothar Nicht (Strausberg) und Dr. Andreas Trunschke (Borkheide).

**Lothar Nicht** beschäftigte sich vor allem mit zwei Aspekten. Zum einen mit seiner persönlichen Suche nach einer neuen programmatischen Orientierung in der Wendezeit, mit ersten programmatischen Diskussionen im Kreisverband Königs Wusterhausen. Intensiv habe er sich mit dem Grundsatzprogramm der SPD von 1989 beschäftigt und den Eintritt in die SPD erwogen. Seine letztendliche Entscheidung bei der PDS zu bleiben, war beeinflusst von persönlichen Angriffen im Kreistag, wo man ihn als „rotes Kommunistenschwein“ beschimpft habe. Zum zweiten ging er auf die Grundsatzdiskussionen im Landesverband zwischen 1991 und 1994/1995 ein, so die Thesendiskussion „Quo vadis Brandenburg“ u.a., in die er sich selbst als Landesgeschäftsführer eingebracht hatte.<sup>3</sup>

**Dr. sc. Wolfram Adolphi**

## **PDS, Wissenschaft und innerparteiliche Bildung – keine Erfolgsgeschichte**<sup>4</sup>

Mein Blick auf die 15jährige Geschichte der PDS ist geprägt zunächst durch meine Erfahrungen als erster Landesvorsitzender der PDS in Berlin (von Februar 1990 bis August 1991), dann – nach meinem Rücktritt wegen IM-Tätigkeit für die Hauptverwaltung Aufklärung der Staatssicherheit der DDR – durch meine Arbeit als ehrenamtlicher Redakteur und vielfacher Autor der wissenschaftlich-theoretischen Zeitschrift „UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen“ und schließlich als Herausgeber des Buches „Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000“.

Ich erinnere mich, dass es in den ersten Jahren der Existenz der PDS eine engere Verbindung zwischen PDS-Politik und Wissenschaft gab. Offensichtlich war unmittelbar nach dem Scheitern der SED die Bereitschaft der Politikerinnen und Politiker, sich der Diskussion mit der Wissenschaft zu öffnen, größer als in späteren Jahren. Zu deutlich erinnerte man sich wohl noch daran, dass das Scheitern des DDR-Sozialismus auch eine Menge mit der Gängelung der Wissenschaft durch die Politik, mit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu tun hatte. Und so gab es also in den ersten Jahren eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Konferen-

---

<sup>3</sup> Hier sei verwiesen auf den ausführlichen Zeitzeugenbericht von Lothar Nicht in der Veröffentlichung Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg. Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte. Heft 1 / 2, S. 25-28. Potsdam 2005.

<sup>4</sup> Kurzfassung des auf dem Kolloquium gehaltenen Beitrages

zen, die von der Politik organisiert worden waren – nicht, damit die Politik der Wissenschaft „die Linie“ gebe, sondern damit die Politik der Wissenschaft zuhöre. Mein Interesse galt insbesondere den Konferenzen zur Geschichte, und in diesen spielte der Brandenburger Prof. Dr. Michael Schumann eine besondere Rolle. Er vermochte – und wurde in dieser Rolle von der Partei auch gewollt und gefördert – gleichzeitig als Wissenschaftler und als Politiker tätig zu sein; mit ihm gelang ein heute in der PDS nicht mehr erreichter Brückenschlag zwischen Politik und Wissenschaft. Seine Reden, Aufsätze und Entwürfe legen davon beredtes Zeugnis ab. Konferenzen wie die 1997 veranstaltete zum Thema „Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen“ waren für die Entwicklung der Partei selbst wie auch für ihr Verhältnis zur kritischen Öffentlichkeit von großer Bedeutung.

Allerdings gab es schon damals ein großes Manko, das bis heute nicht nur nicht beseitigt, sondern durch die schwächer gewordenen Beziehungen zwischen PDS und Wissenschaft noch größer geworden ist: Es fehlt ein innerparteiliches Bildungssystem. In den ersten Jahren der PDS war das noch verständlich: Das „Parteilehrjahr“ der SED war so fundamental diskreditiert, dass es nirgends den Wunsch gab, es wieder zu beleben. Nur: Bis heute ist kein Neuanfang auf diesem Gebiet gelungen, und das erweist sich als ein für die Parteientwicklung sehr negativer Faktor. So hat die Befassung mit der Stalinismus-Geschichte nicht wirklich Breitenwirkung erreicht, die Auseinandersetzung mit dem fortdauernden Wirken bestimmter Traditionen, Anschauungs- und Handlungsweisen ist zu einem Stillstand gekommen. Die Bildungsangebote, wie sie mit der Zeitschrift „UTOPIE kreativ“ und dem Veranstaltungsprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung – der Stiftung in Berlin, der Stiftung in Brandenburg und des Stiftungsverbundes insgesamt – auf diesem Gebiet und auf vielen anderen entwickelt werden, werden nur von einem kleinen Teil der Mitgliedschaft und der Politikerinnen und Politiker wahrgenommen. Ganz und gar vernachlässigt wird die Geschichte der PDS selbst. Hier gibt es viel zu wenig Autorinnen und Autoren, und die wenigen Arbeiten, die zu diesem Thema erschienen sind, finden kaum Resonanz.

Klar aber ist: Wer eine Zukunft haben will, muss sich mit der Geschichte auseinandersetzen. Und wer erfolgreiche Politik machen will, kann dies nicht nur nach dem Motto „Von der Hand in den Mund“ tun, sondern braucht den Austausch mit der Wissenschaft.

**Dr. Andreas Trunschke**

## **Die Geschichte der PDS und das Nachdenken über eine moderne Linke**

Meine Damen und Herren

Unsere Konferenz findet in einer spannenden politischen Zeit statt.

Wenn die Zeichen nicht trügen, findet die Linke in Deutschland so weit zusammen, wie es noch vor wenigen Wochen unmöglich erschien. Da sollte die Frage erlaubt sein, was eine sich konstituierende moderne Linke aus der Geschichte der PDS mitnehmen könnte.

Dabei beziehe ich mich im Folgenden vor allem auf die ersten Jahre der PDS nach 1989, die ich für ihre bisher erfolgreichste Zeit halte. Zwar hatte die PDS später weit größere Wahlerfolge, aber in dieser Anfangszeit gelang ihr noch etwas viel bedeutsameres, nämlich ein weitgehender qualitativer Sprung.

Es gelang ihr nicht nur, die Partei überhaupt zu erhalten, was damals nur wenige vermutet hatten, das darf man ja nicht vergessen. Sie schaffte darüber hinaus eine nahezu unglaubliche, wenn auch bis heute widersprüchliche Erneuerung. Sie erhielt sich sogar den Anspruch als linke Volkspartei.

Ich behaupte:

Dieser Erfolg hat vor allem damit zu tun, dass die PDS es sowohl inhaltlich als auch kulturell schaffte, sich deutlich von den anderen bürgerlichen wie linken Parteien abzugrenzen.

Das will ich mit fünf Thesen untersetzen, und ich bitte Sie, sich dabei selbst immer zu fragen, ob damit Ansätze für eine erfolgreiche moderne Linke verbunden sein könnten:

*Erste These:* Die PDS verband visionäre Vorstellungen mit pragmatischen Lösungsansätzen. Allein mit ihrer Existenz und dem Festhalten daran, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort sein könne, verkörperte die PDS eine Vision, so vage und fraglich sie damals wie heute erscheinen mag. Die PDS hielt die Sehnsucht nach dem Mehr als nur dem Kapitalismus aufrecht zu einer Zeit, da andere über das Ende der Geschichte schrieben oder „Marx ist tot“ verkündeten. Zugleich hatte sie sowohl als ehemalige Staatspartei als auch als gerade gescheiterte Partei begriffen, dass Visionen allein nicht reichen, sondern dass man den Menschen hier und heute etwas anbieten muss. Mit dieser Mischung unterschied sich die PDS nach rechts durch ihr über die herrschenden Verhältnisse hinausreichendes Denken und nach links durch ihre Verankerung in der gestaltenden Politik. In diesem Sinne war die PDS etwas ganz Besonderes. Heute scheint mir manchmal der Pragmatismus zu sehr zu dominieren, während das Visionäre kaum über die bloße Ahnung hinaus fortentwickelt werden konnte. Erst die aufschimmernde neue Linke Partei verkörpert wieder in gleichem Maße den vagen visionären Anspruch aus der Frühzeit, freilich ebenfalls, ohne bisher konkretere Gestalt anzunehmen.

*Zweite These:* Die PDS war eine in vielerlei Hinsicht offene Partei.

Nach dem Zusammenbruch des bis dahin von ihr ja weitgehend mitgetragenen Modells des Sozialismus konnte sie gar nicht anders, als sich selbst Fragen zu stellen bis dahin, sich immer ein wenig auch selbst in Frage zu stellen. Sie suchte Antworten, wo immer sie sie bekommen konnte. Sie fragte selbst vermeintliche Gegner, wann immer diese versprachen zu argumentieren statt zu propagieren; sie mied dadurch die Attitüde anderer Parteien, die entweder nur fragen, um ihre schon vorhandenen Antworten bestätigt zu bekommen, oder nur fragen, um ihre scheinbare Offenheit werbemäßig auszuschlachten. Die PDS fragte weniger aus machttechnischen Gründen, sondern um zu lernen, eine Offenheit, die ihr tatsächlich half, die eine oder andere neue Antworten zu finden. Wenn manchmal gelästert wurde, die PDS hätte nur aus Programmen anderer Parteien abgeschrieben, so trifft das doppelt nicht den Kern. Die tatsächlich anzutreffende Gleichheit entspringt vor allem dieser Offenheit; und die PDS hat mehr zu bieten. Diese geistige Offenheit fand ihre Fortsetzung in der Offenheit für neue Mitgliedergruppen und der bewussten Wahl offener, bunter Listen zu den Wahlen. Letzteres nahm später rapide an Bedeutung ab, bis es jetzt – Zufall? – mit der Gestaltung einer

neuen Linkspartei wieder an Zugkraft gewinnt.

*Dritte These:* Die PDS leistete in erheblichem Maße theoretische Arbeit, und zwar theoretische Arbeit in einer ganz bestimmten Art und Weise.

Theorie war nichts, was in irgendeinem Elfenbeinturm und im besten Falle neben, wenn nicht gar gegen die tatsächliche Politik stattfand. Theorie war eng verbunden mit den Fragen, die sich der PDS tatsächlich stellten; andererseits fand die PDS es immer wieder nötig, für ihre politischen Angebote nach theoretischer Orientierung zu suchen. Ich denke, gerade hier in Brandenburg ist es erlaubt, einen einzelnen herauszustellen, der dafür in besonderer Weise stand: Micha Schumann. Ich erinnere an den Umgang mit der DDR- und SED-Geschichte, an die Beurteilung der Mitarbeit Staatssicherheit, Armee und Polizei, aber auch an die Beurteilung des jetzigen Systems und des Wertes des Rechtsstaates sowie an die Haltung der PDS zur bundesdeutschen Polizei und Justiz. Die praktische Politik der PDS fand häufig eine durchdachte, tiefgründige theoretische Durchdringung. Mit dem Tod von Micha – Zufall oder nicht – drifteten Theorie und Praxis zunehmend auseinander, auch wenn sie sich in den Debatten zum Parteiprogramm gelegentlich wieder berührten. Erst langsam etablierten sich mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin neue leistungsfähige Institutionen. Es wäre gut, wenn sich die PDS diese Angebote wieder stärker aneignen und eigene Bedürfnisse artikulieren würde. Ich rege auch an, sich wieder selbst gelegentlich in Frage zu stellen, auch öffentlich. Das kann auch als Stärke ankommen.

*Vierte These:* Die PDS vernetzte sich hochgradig wie keine andere Partei in Ostdeutschland mit der Zivilgesellschaft.

Auf ihre Weise begann sie einen Marsch durch die Vereine und Verbände, durch die Kommunen und Institutionen. Lothar Bisky forderte immer wieder diese Vernetzung mit den gesellschaftlichen Institutionen ein. Dabei ging es nicht darum, diese anderen Institutionen zu dominieren oder als Plattform zu nutzen, kurz, sich diese zu Nutze zu machen, sondern gerade umgekehrt, diese selbst zu stärken. Vernetzung als dienende Funktion – so ließe sich das vielleicht beschreiben. Als Beweis mag dienen, dass mancher PDS-ler, der eine wichtige Position in anderen Organisationen einnahm, damals seine PDS-Mitgliedschaft weit zurücknahm oder gar aus der Partei austrat, um sich ja nicht dem Verdacht der unzulässigen Einflussnahme auszusetzen.

Kennen Sie eine andere Partei, die sich so verleugnet hätte? Dennoch stärkte diese Vernetzung letztendlich die Akzeptanz der PDS einerseits, und sicherte eine gewisse Bodenhaftung der PDS-Politik andererseits. Diese Vernetzung betraf auch den Stellenwert der Basis in der eigenen Partei. Während in anderen Parteien längst die Funktionäre alles dominierten, galt in der PDS die Basis noch etwas. Bis heute muss sie deshalb, anders als beispielsweise SPD und CDU ihre Parteitage am Wochenende abhalten, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Bei den anderen beiden großen Parteien erscheinen die Parteitage längst als große Dienstberatungen, was auch verständlich ist, wenn man sich die personelle Zusammensetzung der Parteitage ansieht.

*Fünfte These:* Die PDS setzte als „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ nicht nur andere politische Schwerpunkte als die anderen Parteien, sondern sie unterschied sich auch in ihrer politischen Kultur von den anderen Parteien.

Während schon in der ersten Legislaturperiode des Landtages Brandenburg Vertreter von



SPD und CDU sehr schnell etwas Besonderes darzustellen schienen, verhinderte das bei der PDS schon der Außendruck. Ihr war es nach dem Zusammenbruch ihres Sozialismus gar nicht erlaubt, sich besser zu dünken als das Volk, und es passte auch gar nicht zu ihrem neuen Selbstverständnis. Es waren schon besondere Typen, die da plötzlich für die PDS Politik machten. Es ist eine grundsätzlich andere Situation, ob man mit dem Engagement für eine Partei seine ganze bürgerliche Existenz riskiert, oder aber ob man mit der Partei eine bürgerliche Existenz aufbauen kann. Natürlich will niemand zurück; es würde schon reichen, sich dieser Differenz bewusst zu bleiben. Die Partei war offen, neugierig und ehrlich – es blieb ihr auch gar nichts anderes übrig, wollte sie überleben. Sie öffnete sich für Nichtmitglieder wie meines Wissens keine andere Partei vor ihr. Angefangen mit Bahro redeten häufig Andersdenkende auf ihren Parteitage, etwas, das leider heute Seltenheitscharakter hat. Die offenen Listen habe ich erwähnt. Ihre Parteitage waren immer auch Treffen für viele andere Linke. Die Wende in der DDR lehrte auch eine grundsätzliche Bescheidenheit. Wo andere Parteien belehrten, hörte die PDS erst einmal zu. Sie nutzte ihre Außenseiterrolle, um ein tieferes Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge zu entwickeln. Deutlich wurde das in zwei Losungen, die ich nach wie vor für gültig halte:

„Veränderung beginnt mit Opposition“ und „Alternativen sind machbar“.

Natürlich – und das darf man nicht vergessen – ist das selbst dann noch richtig, wenn man selbst nicht in der Opposition ist. Man muss ja deswegen nicht in der Opposition bleiben wollen, im Gegenteil, wer tatsächlich verändern will, muss auch nach Gestaltungskraft streben. Aber wer dauerhaft gestalten will, muss sich bewusst bleiben, dass es auch zu seiner Politik Alternativen von links und rechts gibt, dass immer auch von den Rändern her neue, innovative Gedanken kommen können, ohne dass damit alles, was von den Rändern her kommt als neu und innovativ geadelt sein soll.

Zu der anderen politischen Kultur gehörte auch die Kultur, zum Beispiel auf den Parteitage. Heute haben Parteitage meist so viele wichtige Beschlüsse zu debattieren, dass für so exotische, nutzlose Sachen keine Zeit bleibt. Dabei war die Linke in ihrer Geschichte immer so eng mit der kulturellen Entwicklung verbunden, dass eine Trennung undenkbar schien - Heartfield, Majakowski, Eisenstein. Mir scheint das Verhältnis zwischen einer linken Partei und den Intellektuellen auf Dauer ein existenzielles Problem zu sein. Vielleicht ist es an der Zeit, möglicherweise sogar höchste Zeit, sich diesem Problem zu stellen.

Meine Damen und Herren,

ich vermute, erst solche und andere Unterschiede in Inhalt und Kultur erlaubten der PDS, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute darstellt. Sie verhinderten gar zu einseitige und einfache Betrachtungen der Welt; sie gestatteten der PDS, viele Aspekte einer Gesellschaft in ihr Denken einzubeziehen und sich somit der Komplexität einer modernen Gesellschaft zu stellen und – das ist genauso bedeutsam – mit ihren Vorschlägen von einem relevanten Teil der Gesellschaft als glaubwürdig akzeptiert zu werden – und damit eine linke Volkspartei dem Anspruch nach zu begründen.

Eine Linke, die sich genauso gebärden würde wie die anderen Parteien, oder, die in ihrem Stil als diesen Parteien ähnlich beim potentiellen Wähler wahrgenommen würde, liefe immer gleichzeitig Gefahr wie die SPD unter Schröder inhaltlich beliebig zu werden. Wenn die PDS jetzt ihr

eigenes ständiges Bemühen mit einem neuen Impuls durch eine neue linke Partei oder zunächst durch ein großes linkes Wahlbündnis ergänzen kann, dann ist mir nicht bange um die nächsten fünfzehn Jahre PDS - oder noch besser - um die nächsten fünfzehn Jahre für eine moderne linke Partei.

In der Diskussion zu den Beiträgen der Podiumsteilnehmer ging es um die Haltung zur Umweltproblematik in der Partei (**Dr. Annemarie Kersten**, AG Umwelt). Die Diskussionsrednerin stellte fest, dass ihr auf Parteiveranstaltungen jeder von ihr eingebrachte Antrag zur Umweltproblematik gebilligt, aber in der Praxis kaum etwas getan würde.

**Dr. Bernhard Heimann** (Potsdam) wollte erfahren, wie es mit der Programmatik bei den Verhandlungen PDS – WASG aussieht.

**Lothar Nicht** merkte dazu an, dass Programmatik von PDS und WASG nicht sehr stark voneinander abweichen. Jetzt komme es vielmehr darauf an, wie beide Partner menschlich miteinander umgehen. In der PDS sei der „Wahrheitsanspruch“ noch weit verbreitet. In der PDS solle man sich wieder auf den „Erneuerungsprozess“ besinnen und sich selbst immer wieder in Frage stellen. Auch müsse der Informations- und Kommunikationsprozess in der Partei verstärkt werden.

**Dr. Andreas Trunschke** brachte schließlich zum Ausdruck, dass durch die Gespräche mit den Vertretern der WASG und dem geplanten Zusammengehen wieder etwas Visionäres in unser Denken gekommen sei.

# Die PDS im Parteiengefüge des Landes Brandenburg

Prof. Dr. Jürgen Dittberner

## Die PDS noch immer auf der Suche nach einem Platz im deutschen Parteiensystem<sup>5</sup>

Ende 1993, vor einer Kaskade von Bundestags- und zahlreichen Landtagswahlen, schien sich in der Brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam Ungeheuerliches zu ereignen: Bei den Oberbürgermeisterwahlen lag der Kandidat der PDS, Rolf Kutzmutz, im ersten Wahlgang vor dem sozialdemokratischen Amtsinhaber, Horst Gramlich. Gramlich hatte eine unglückliche erste Amtsperiode hinter sich, aber dass Potsdam nun von einem „Kommunisten“ regiert werden könnte, erregte Gemüter in ganz Deutschland. Aus dem Hauptquartier der CSU im fernen München war zu hören, man sollte die PDS verbieten, und im nahen ehemaligen West-Berlin polterten mittlerweile entmachtete CDU-Politiker, man habe nicht vierzig Jahre gegen den Kommunismus gestanden, um nun im Zuge der möglichen Vereinigung Berlins mit Brandenburg von einer Landeshauptstadt aus regiert zu werden, an deren Spitze ein Kommunist stünde. Diese Fürsorge um Potsdam hatte sich zweieinhalb Jahre später nach dem Scheitern der Fusion durch die Volksabstimmung als voreilig erwiesen. Noch einmal sieben Jahre später kam die PDS sogar in den Senat der Bundeshauptstadt Berlin.

Aber aus dem PDSler im Rathaus von Potsdam wurde nichts. Für den zweiten Wahlgang wurde ein Bündnis für Gramlich und gegen Kutzmutz geschmiedet. CDU, Grüne und FDP warben für den ungeliebten OB, der es dann noch einmal schaffte. Später wurde Gramlich per Volksabstimmung vorzeitig aus dem Amt gewählt und durch den damaligen Brandenburgischen SPD-„Kronprinzen“ Matthias Platzeck ersetzt.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Brandenburg und die Reaktionen hierauf im Westen hatten gezeigt, dass in Deutschland unmittelbar nach der Vereinigung zwei politische Kulturen existierten. Fünfzehn Jahre nach der Vereinigung sieht es so aus, als habe sich die kulturelle Bipolarität der Berliner Republik verfestigt. Das wäre ein gravierender Unterschied zur Bonner Republik. Aber nicht nur im Kulturellen, auch im Materiellen ist es so: Das Produktivkapital sitzt überwiegend im Westen und hat an der Wiedervereinigung verdient. Von West nach Ost wandert dauerhaft wenig Kapital. Dafür wandern qualifizierte Arbeitnehmer von Ost nach West. Mit öffentlichen Transferleistungen auch in Milliardenhöhe lässt sich der Sozial- und

---

<sup>5</sup> Der vorliegende Text fußt teilweise auf dem Kapitel „Zwei politische Kulturen in Deutschland: Ist die PDS eine temporäre Regionalpartei“, erschienen in: Jürgen Dittberner: Neuer Staat mit alten Parteien? Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung, Opladen/Wiesbaden 1997, S. 231. Das Kapitel wurde nach dem Kolloquium im Juni 2005 stark überarbeitet. So wurde u.a. eine Wertung der Bundestagswahlen vom 18. September 2005 eingefügt.

Bewusstseinsunterschied nicht beseitigen. So ist es auch noch nach fünfzehn Jahren im vereinten Deutschland.

Im Osten hatten die Menschen die deutsche Einheit neben der Befreiung von der Diktatur überwiegend auch als eine Befreiung im regionalen Sinne empfunden. Nicht nur der Kurfürstentum, auch die Alpen und sogar die Everglades waren erreichbar geworden. Wirtschaftlich und sozialpsychologisch brachte die Einheit aber auch „Befreiungen“ von der Lebenssicherheit. Existentielle Besitzstände wie Wohnung und Arbeit gerieten in Gefahr und gingen vielfach verloren.

Der Westen übernahm das Kommando in der Republik - im Bund sowieso, aber auch in den Ländern und in den Kommunen. Trotz des Umzugsbeschlusses des Deutschen Bundestages wurde die Politik zunächst am Rhein fortgesetzt, als sei die deutsche Vereinigung lediglich eine Arrondierung des Bundesgebietes um einige Wüsteneien. In den Behörden Brandenburgs, seinen Kreisen und Gemeinden gaben „Wessis“ – aus anderen Lebenswelten von Rhein und Ruhr kommend – den Ton an. Weil sie als Botschafter der ersehnten Konsum- und Luxuswelt gesehen wurden, waren sie zunächst – wenn auch mit einem unangenehmen Gefühl der Unterlegenheit – willkommen. Innerhalb von zwei Jahren aber war die Ernüchterung gekommen. Trotz der Versprechen und der Helfer aus dem Westen war es für viele hier sozial bergab gegangen, und sie konnten oder wollten nicht sehen, wo es andererseits dennoch bergauf ging.

Zwar wurden Straßen gebaut, Häuser renoviert und investiert: die Infrastruktur modernisiert. Aber die Arbeitslosenquoten wurden zweistellig, ganze Wirtschaftszweige brachen ab. Auf Liegenschaften wurden Altansprüche erhoben. Immer mehr Brandenburger erkannten, dass sich die Westhelfer mit „Buschgeldern“ und „Sprungbeförderungen“ selber ganz gut helfen konnten, ansonsten aber auch nur mit Wasser kochten. Selbst höchste Beamte und Richter wurden sehr viel später erlappt, dass sie sich zu Unrecht Trennungsgelder angeeignet hatten.

Wen wundert eigentlich der aufgekommene Frust? Wen wundert der Zulauf zur PDS, die ein altes „Wir-Gefühl“ wie in DDR-Zeiten anspricht und deren Repräsentanten wenigstens nicht die roten Socken von der Sorte waren, die sich nach der Wende als Oberkapitalisten aufspielten? Wen wunderte das relativ magere Abschneiden der SPD beispielsweise 1993 in Potsdam, wenn sich diese Partei trotz der Erkenntnisse des Stolpe-Untersuchungsausschusses über die IM-Tätigkeit eines PDS-Genossen moralisch empört gab, während solche Tätigkeit dem SPD-Genossen verziehen wurde?

Dabei hatte das westliche politische System in Brandenburg wie in allen anderen neuen Ländern einen großen Erfolg erzielt. All der Frust über die empfundenen Erniedrigungen der Menschen im Osten wurde gebündelt durch eine parlamentarische Partei und in geradezu klassischer Weise in die repräsentativen Versammlungen der Gebietskörperschaften transmissioniert. Alles ging nach guten demokratischen Regeln vonstatten. Die PDS erfüllte und erfüllt im Osten Deutschlands die Funktion der Stabilisierung des politischen Systems. Was wollte man eigentlich mehr angesichts einer noch nicht vollendeten deutschen Einheit?

Ohne politische Bildung im westlichen Sinne und trotz der Erfahrungen unter der SED-Diktatur hatten sich auch die Brandenburger in einer moralischen und wirtschaftlichen Krise als passable Demokraten erwiesen.

Und Potsdam war kein Einzelfall. Die Republik musste sich seither an Erfolge der neuen Partei im Osten gewöhnen. Anfang 1996 stellte die PDS etwa 6000 Parlamentarier in den Kommunen sowie landauf, landab in der früheren DDR 180 Bürgermeister. Diese gehörten innerparteilich meist zu den „Realos“, also jenen, die alte Ideologien über Bord werfen und pragmatische Politik machen wollten. So wurde der Bürgermeister von Neuruppin im Brandenburgischen mit den Worten zitiert: „Es spielt überhaupt keine Rolle, dass ich in der PDS bin.“ Und einer der PDS-Bezirksbürgermeister in Berlin, Uwe Klett im Bezirk Hellersdorf mit vierzig Prozent PDS-Stimmen im Rücken, spottete öffentlich über die „Staatsgläubigkeit“ seiner Genossen, forderte gar „Wettbewerb in der Verwaltung“. Solchen Politikern freilich stehen in der Mitgliedschaft der Partei Nostalgiker gegenüber, die Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung gleichermaßen als Folge der uneingeschränkten Profitgier der Kapitaleigner sahen und sehen.

Bei den Wahlen der Jahre 1994/95 setzte die PDS ungeachtet ihrer inneren Zerstrittenheit ihre Erfolge in den Ländern des deutschen Ostens fort. Aber innerparteilich öffnete sich ab 1991 eine Schere zwischen der Zahl der Mandatsträger und der Mitglieder der PDS. Die Mitgliederzahl sank einerseits von rund 173.000 auf 120.000 im Jahre 1995. Aber durch gute Wahlergebnisse, zuletzt in Berlin, verfügte die Partei andererseits über 159 Mandate im Deutschen Bundestag sowie in den Landtagen Ostdeutschlands und der Hauptstadt. 1998 nahm die PDS die Fünfprozentgrenze bei der Bundestagswahl und kehrte mit 5,1 % der Wählerstimmen ins Bundesparlament zurück. In Berlin erzielte sie bei den vorgezogenen Abgeordnetenhauswahlen im Jahre 2001 22,6 % - im Osten der Stadt sogar 47,6 %. In allen Umfragen seit 1999 lag die PDS auch bundesweit stetig an der Sperrgrenze. Die Zahl ihrer Mitglieder jedoch war am 31.12.2000 auf 83.475 gesunken. Am 31. 12. 2002 waren es nur noch 70.805 Mitglieder.

Während Ende der neunziger Jahre unter den Aktiven besonders den Medien viele jüngere Mitglieder auffielen – unter anderem die exzentrische Anführerin der dogmatischen „Kommunistischen Plattform“, Sarah Wagenknecht oder die aus der Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossInnen“ stammende stellvertretende PDS-Vorsitzende Angela Marquardt, sah es an der Basis grauer aus. 60 Prozent der PDS-Mitglieder hatten 60 und mehr Lebensjahre hinter sich, während der entsprechende Seniorenanteil in der CDU 35 und in der SPD 26 Prozent betrug. Derweil in der Partei über mögliche Koalitionen mit der SPD oder den Grünen gestritten wurde und in Sachsen-Anhalt die Duldung einer rot-grünen Landesregierung fast schon Alltagsroutine war, schreckten meist aus der SED hervorgekommene Grauköpfe junge Sympathisanten ab, der Partei beizutreten. Selbst die Aussicht auf eine schnelle Karriere konnte die Abneigung gegen die alten Genossen nicht kompensieren. Die PDS war 1995 beispielsweise in Brandenburg mit 17.950 Mitgliedern die mitgliederstärkste Partei, jedoch nur 2,7% dieser Mitglieder war jünger als 30 Jahre. Der entsprechende Anteil war bei der SPD 7,2% und bei der CDU 5%. Im gleichen Jahr konnte die Landespartei 117 Neuaufnahmen verzeichnen, während es die CDU auf 712 und die SPD auf 253 neue Mitglieder brachte.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Der Tagesspiegel, 5.3. 1996, S. 12, Jugend zieht eher zu SPD und CDU

Diese Entwicklung hat sich im Folgenden fortgesetzt. Im Jahre 2000 war dies die Altersstruktur der Partei:

unter 30 Jahre	3 %
30 – 39 Jahre	6 %
20 – 49 Jahre	11 %
50 – 59 Jahre	12 %
über 60 Jahre	68 %.

Zur Bundestagswahl 2002 wurde der innere Zustand der PDS auch fürs Publikum transparent personalisiert durch die Parteivorsitzende Gabi Zimmer und ihren Anhang. Die Folge war der Verlust des Fraktionsstatus im deutschen Parlament. Nachdem anschließend Lothar Bisky erneut die Führung der Partei übernahm und diese medial wieder interessanter geworden war, erreichte die PDS bei den Landtagswahlen in Brandenburg im Jahre 2004 28 Prozent und liegt damit knapp hinter der trotz hoher Verluste immer noch stärksten Partei in diesem Lande: der SPD (31,9 Prozent).

Vierzehn Jahre nach der Vereinigung gehört die PDS in den ostdeutschen Ländern eindeutig zusammen mit der CDU und der SPD zu den großen Parteien.

Dennoch: Die PDS könnte eines Tages von der Mitgliederschaft her austrocknen. So könnte der Zeitpunkt kommen, an dem die im Osten Deutschlands bei den Wählern triumphierende Partei von innen her abbrennt. Eine wider Erwarten doch einsetzende Angleichung der politischen Kultur des Ostens an den Westen würde diesen Prozess wohl geradezu entfachen. Doch diese Angleichung wird es wohl nicht geben. Eher schon breiten sich die niedrigeren Standards des Ostens auch im Westen aus. Den Westen erreichen Firmenstilllegungen und in einigen Regionen Arbeitslosenquoten wie im Osten. Die Einschränkungen und Ungerechtigkeiten bei den Ärmsten durch „Hartz IV“ erfolgen im Osten wie im Westen.

Hier nun tat sich für die PDS eine neue Chance auf, die aber auch Risiken bringt: die Chance der Metamorphose zur gesamtdeutschen Linkspartei.

Zum Erklären der Entwicklung der PDS haben sich zwei Denkansätze („Theorien“) herausgebildet:

- Die **Milieutheorie** besagt, die PDS repräsentiere und konserviere noch aus der DDR stammende ostdeutsche Kulturelemente. Sie bewahre im Überbau eine Ost-Nostalgie, die es vielen Menschen erleichtere, ihre Existenzen im ökonomisch-sozialen Unterbau des vereinten Deutschlands zu ertragen oder zu bewältigen. Solange die PDS sich auf ihr Milieu konzentriere, sei sie im Osten stark, aber im Westen nicht präsent: eine Regionalpartei.
- Die **Vakuumtheorie** eröffnet der PDS eine gesamtdeutsche Perspektive. Die SPD habe mit ihrer Politik der „neuen Mitte“ links im Parteienspektrum ein Vakuum hinterlassen, das eine neue Linkspartei füllen könne. Die PDS verfüge über die organisatorischen Ressourcen, diese Lücke zu füllen. Dabei muss sie allerdings mit der Zwickmühle leben, im Osten ihren Charakter als Milieupartei zu verändern, wenn sie im Westen akzeptabel werden will.

An dieser Zwickmühle ist die PDS bisher auf dem Wege zur gesamtdeutschen Partei gescheitert. Auch die SED-Nachfolge hat sich auf diesem Wege als Klotz am Bein erwiesen. Nachdem Gerhard Schröder das Scheitern der SPD im Mai 2005 eingestehen musste und bundes-

weite Neuwahlen herbeiführte, schien die Auflösung dieser Zwickmühle möglich zu werden:

- Die PDS und die 2004 neu gegründete westdeutsche SPD- und Gewerkschaftsabsplaltung WASG („Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“) konnten zusammen rein rechnerisch weit mehr als 5 % der Wähler gewinnen.
- Das neue Bündnis konnte all jene ansprechen, die Verlierer der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind oder sich davor fürchten, es werden zu können. Das waren nach Umfragen mindestens 18 % der Wähler.
- Mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine standen zwei beredte und überaus medientaugliche Politiker als Spitzenkandidaten bereit.

Dem standen freilich Risiken entgegen:

- Für die gesamtdeutsche Option würde die PDS einen Teil ihrer Identität im Osten opfern müssen, und zugleich würde es im Westen dennoch mögliche Anhänger geben, die sich an der PDS/SED-Herkunft des Partners reiben.
- Das Linksbündnis konnte zwar gegen den „Reformpolitik“ genannten Abbau des Sozialstaates argumentieren, kann aber keine grundsätzliche Gegenpolitik umsetzen. Zwar setzt man sich für eine keynesianische Beschäftigungspolitik ein, aber die Globalisierung kann nicht rückgängig gemacht werden. Deutschland kann nicht aus der EU austreten, und es kann auch kein Sozialismus in Deutschland eingeführt werden. Das Linksbündnis wird es nicht wagen, solche Ziele zu proklamieren.
- Die Spitzenkandidaten Gysi und Lafontaine sind angreifbar: Beide sind aus ihren politischen Jobs geflohen und beide sind politisch und persönlich traumatisiert. Gregor Gysi lebt mit immer wiederkehrenden Stasi-Vorwürfen, und Oskar Lafontaine hat den Anschlag auf ihn offensichtlich nur oberflächlich verarbeitet. Zudem ist das Verhältnis des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Lafontaine zu seiner alten Partei unrevidierbar zerrüttet.

Am 18. September ist die „Die Linke“ mit 8,7 Prozent in den Bundestag eingezogen – als kleinste Partei noch nach der FDP und den Grünen.<sup>7</sup> Die PDS hofft nun, sich auch langfristig im Linksbündnis als neue, sozialistische Partei im Parteienspektrum der Bundesrepublik etablieren zu können. Sie sollte nicht vergessen, dass dem anfänglich zwei Hindernisse entgegenstanden:

1. Die rigorose Ablehnung der SED-Nachfolgepartei durch die anderen Parteien. Für die nach wie vor vom Westen beherrschte politische Klasse der Bundesrepublik war die PDS zunächst schlicht nicht gesellschaftsfähig. Man war dort ursprünglich davon ausgegangen, dass die PDS eine vorübergehende Erscheinung sein würde.  
Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich diese Haltung gegenüber der PDS geändert. Die Tolerierung in Magdeburg, die Koalition in Schwerin und vor allem das Zusammengehen der SPD mit der PDS im Berliner Senat schien die SED-Nachfolger gesellschaftsfähig gemacht zu haben. Das könnte ihr bei der Akzeptanz des Linksbündnisses im Westen helfen.
2. Zwar ist die Ablehnung durch die politische Klasse gesunken, aber die mangelnde Wähler-

---

<sup>7</sup> Siehe Fußnote 5.

akzeptanz im Westen Deutschlands ist geblieben. Die Behandlung Lothar Biskys bei der Wahl der Vizepräsidenten des Bundestages im Oktober 2005 – wo er mehrfach durchfiel – zeigte, dass die alten Ressentiments noch immer aktiviert werden können.

Für die Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 1995 hatte sich die PDS vorgenommen, den ersten Schritt aus der Ost-Diaspora zu tun, und sie engagierte sich dort erheblich. Dennoch erhielt die Partei an der Weser nur 2,3% der Stimmen. Trotz vereinzelter Erfolge beispielsweise 2001 im Westen Berlins ist die PDS ostdeutsche Regionalpartei geblieben. Die jetzt wieder aktuelle Frage ist, ob sich die PDS mithilfe der WASG aus dieser Begrenzung befreien kann, nachdem der „Reformer“ Gerhard Schröder gescheitert ist. Jeder Schritt in den Westen gefährdet auch unter den gegenwärtigen Umständen den Stand im Osten, wo die PDS aufgrund der regionalen Befindlichkeit Zulauf hat. Das erklärt auch die Zögerlichkeiten gegen das Linksbündnis an der Basis der PDS wie auch an derjenigen der WASG.

Wird es die PDS zusammen mit der WASG zum Formateur eines neuen Parteiensystems der Berliner Republik? Wird es eine wirkliche und langfristig wirkende Metamorphose von PDS und WASG zu einer neuen Linkspartei geben? Könnte diese Metamorphose begleitet werden von einer Neuformierung der Rechten am anderen Ende des Parteienspektrums?

Insgesamt ist der Glaube an die Problemlösungskompetenz der Parteien sehr gering, und die Parteienidentifikation nimmt ab, so dass eine grundsätzliche Neuformierung des deutschen Parteiensystems nicht ausgeschlossen ist. Eine derartige Entwicklung hätte auch Auswirkungen auf die Situation der PDS in den neuen Bundesländern: Zur Konkurrenz mit der SPD käme dann die Polarisierung zur Rechten hin.

Die PDS wird trotz aller Ausdehnungsbemühungen versuchen müssen, im Osten Deutschlands Sammelbecken derer zu bleiben, die ihr Verliererdasein betrauern oder solcher, die sich über die Machtübernahme durch den Westen ärgern. Wie es aussieht, wird die ökonomische Basis solcher Stimmungen noch lange bestehen bleiben. Wenn sie das weiterhin artikulieren kann, wird die PDS bei allen Veränderungen ein Faktor der Stabilität bleiben.

Die strukturelle Gefahr für die PDS ist, die ihr drohende innere Vergreisung. Die Probe für ihre Überlebensfähigkeit wird erst kommen, wenn jüngere PDS-Politiker als Lothar Bisky oder Gregor Gysi die Partei führen müssen. Die alten DDR-Geschichten werden dann eine immer geringere Rolle spielen.

Möglich ist, dass sich einige Merkmale der Ostmentalität wie das etatistische Sicherheitsdenken in die nächste Generation vererben. Wenn die PDS dies politisch ausdrücken kann und die anderen Parteien dabei versagen, könnte diese Partei über längere Zeit jedenfalls im Osten und auf dieser Basis auch im Westen bestehen bleiben. Allerdings muss sie dafür neue Mitglieder gewinnen, die den „natürlichen Abgang“ der alten Kader kompensieren und im Falle der Linkspartei das derzeit durch eine Handvoll Mitglieder im Westen gekennzeichnete Ost-Westgefälle bei den Mitgliederzahlen abbauen.

Die PDS ist nicht mehr das Schmuttelkind der Parteienfamilie, sondern sie regiert in Kommunen und Ländern mit. Ihre Repräsentanten sitzen nicht nur – mittlerweile wieder - im Bundestag, sondern auch im Bundesrat. Sie ist im Osten eine Größe. Sollte es ihr gelingen, sich mithilfe der WASG über die ehemalige DDR hinaus zu erweitern, so entstünde ein neues



Element im deutschen Parteiensystem, das bisherige Kostanten dort überwinden könnte. Bedenken sollte man dabei jedoch, dass der Wahlerfolg der Linkspartei 2005 schmaler war als man dort erwartet hatte und dass die „Begrüßung“ dieser Gruppierung im deutschen Parlament alles andere als herzlich war. Deren Gegner sehen eine reale Chance, die mögliche neue Partei wieder aus dem Parteiensystem zu verdrängen.

Aus dem Zuhörerkreis wollte man wissen, ob die Zukunft Parteien und/oder Bewegung gehöre.

Prof. Dr. Dittberner verwies auf die „Regelungskompetenz der Parteien“ und leitete daraus ab, dass es auch in Zukunft keine Alternativen zu den politischen Parteien geben werde. Ihre größere Akzeptanz könne sich aber nur aus ihrer größeren Nähe zu den Wählern ergeben.

## Persönlichkeiten

Die letzte Gesprächsrunde des Kolloquiums, moderiert von René Heilig, Redakteur beim „Neuen Deutschland“, war Persönlichkeiten gewidmet, die zu den tragenden Kräften der Erneuerung von der SED zur PDS im Land Brandenburg gehört hatten und bis zur Gegenwart die Politik der PDS mit prägen. Gesprächspartner waren **Heinz Vietze**, 1990 bis 1991 erster Vorsitzender des PDS-Landesverbandes Brandenburg, derzeit Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Brandenburger Landtag und **Dr. Helmuth Markov**, 1993-1995 Vorsitzender des PDS-Landesverbandes, jetzt PDS-Abgeordneter im Europaparlament.

Als Resümee der 15-jährigen politischen Arbeit beider war die Frage zu beantworten, ob die PDS heute so ist, wie sie sich diese 1989/90 vorgestellt hatten?

Heinz Vietze erinnerte an die verschiedenen Etappen in der Entwicklung der PDS. Am Anfang in und nach der Wende ging es darum, den „Kopf oben zu behalten“. In den ersten Jahren wurde alles viel stärker kritisch hinterfragt als das heute der Fall ist. Das Misstrauen untereinander in der Partei nehme heute immer mehr zu.

Hinzu käme die sichtbare Zunahme des Einflusses der Medien auf die politische Arbeit der Partei. Auch die Genossen orientieren sich in starkem Maße über die Medien.

Helmuth Markov erinnerte daran, dass 1990 ein großes Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Genossen bestand, das erheblich nachgelassen habe. Die PDS habe sich profiliert und man profilieren sich heute in der PDS.

Heinz Vietze ebenso wie Rolf Kutzmutz, Partner bei den Gesprächen mit der WASG, waren hinsichtlich der Zukunft besonders zu programmatischen und organisatorischen Fragen des Zusammengehens der beiden linken Parteien gefragt.

Bei der Vorbereitung des Zusammenschlusses von Linkspartei, PDS und WASG gehe es im Moment zwar in erster Linie um den Namen. Eigentlich geht es aber um die Inhalte der Politik, die von beiden Parteien zu praktizieren ist. Dabei gibt es, vor allem in der Basis, recht unterschiedliche Vorstellungen.

Für die Diskussion der Programmatik in beiden Parteien könnte die Europäische Linkspartei

Beispiel gebend sein. Dort gibt es gemeinsame programmatische Vorstellungen zu bestimmten Punkten. Zu anderen Problemen werden unterschiedliche Auffassungen vertreten. Wie in der Europäischen Linkspartei geschehen, sollten beide Parteien Programmpunkte zusammentragen, sich auf Gemeinsamkeiten einigen und andere als divergierend auch so benennen.

Eine sehr persönliche Frage mit optimistischen Antworten stand am Ende des Kolloquiums – ist Politik eine Droge und macht sie süchtig?

Helmuth Markov sieht in der Politik zwar keine Droge, aber er hat das Bedürfnis, sich einzumischen, seine Meinung zu sagen und zu versuchen zu Veränderungen beizutragen. So habe er nach zwei Wahlperioden im Landtag das Gefühl gehabt, alle Reden gehalten und alle Vorlagen eingebracht zu haben, mit denen er etwas in Bewegung zu bringen versucht hatte. Er habe das Gefühl gehabt, an die Grenzen des Parlaments gestoßen zu sein und nichts weiter bewegen zu können. Ernsthaft habe er überlegt, wieder in seinen Beruf zurückzukehren, sich aber auch weiterhin in der Politik zu engagieren.

Bei einer Reise mit seiner Frau nach Straßburg sei ihm beim Anblick des Gebäudes des Europäischen Parlaments die Idee gekommen, sich als neue Herausforderung in der Europapolitik zu engagieren. Seine Überlegung habe er in der Partei vorgetragen und Zustimmung gefunden. Zugleich war er sich im Klaren, dass er nur eine Chance hätte, wenn er auf dem entsprechenden Bundesparteitag der PDS unter die ersten sechs auf der Liste der Kandidaten für das Europaparlament käme. Das gelang ihm und er wurde gewählt. Seine Tätigkeit findet er, trotz aller Anstrengungen, interessant.

Heinz Vietze empfindet seine politische Betätigung in gewisser Weise schon als Droge. Für sich selbst kann er sich keine andere Tätigkeit mehr vorstellen.

**Wolfram Adolphi:**

## **Michael Schumann. Hoffnung PDS.<sup>8</sup>**

Das politische Leben und Wirken von Michael Schumann in den neunziger Jahren ist nicht denkbar ohne jene besondere Konstellation, die in den Herbsttagen des Jahres 1989 entstand, als er mit dem SED-Berufsfunktionär Heinz Vietze und dem Rektor der Filmhochschule, dem eigenwilligen, querdenkerischen Kulturwissenschaftler Prof. Dr. Lothar Bisky, zusammentraf und sich diese drei in der Eile der notwendigen Entscheidungen und zugleich der doppelt und dreifach gründlichen gegenseitigen Prüfungen, wie sie wohl nur solche gesellschaftlichen Umbruchsituationen mit sich bringen, entschieden, ihre so unterschiedlichen Fähigkeiten mit einem gemeinsamen Ziel zu bündeln: die SED nicht aufzulösen und aus ihr heraus eine neue Partei, die PDS, zu entwickeln.

Aus dem aufgabenorientierten Zweckbündnis der ersten Tage und Wochen ist eine zehnjähri-

---

<sup>8</sup> Auszug aus dem Vorwort des Herausgebers zum Buch Wolfram Adolphi » Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000«, Texte 12 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dietz Berlin 2004

ge intensive und freundschaftliche Zusammenarbeit geworden, wie sie nicht häufig vorkommt. Die überragenden organisatorischen Fähigkeiten, der politische Instinkt, der in den Wende-monaten bewiesene persönliche Mut und die genaue Kenntnis der Verhältnisse des Heinz Vietze; die tief verwurzelte und seit langem in der SED mutig gelebte Nicht-Anpassung und Reformorientiertheit und die so viel Zuverlässigkeit, Toleranz, Nachdenklichkeit und Vertrautheit ausstrahlende Präsenz des Lothar Bisky; und dazu die scharfe und gründliche Analytik, die wissenschaftliche Politikauffassung, das strategische Denkvermögen des Michael Schumann – dies alles zusammen formte ein Dreieck, das nicht nur für die PDS-Politik in Brandenburg bestimmend war, sondern auch entscheidend darüber hinaus wirkte: im Land Brandenburg für die Entwicklung des »Brandenburger Weges« und in der PDS insgesamt für die Entwicklung entscheidender Grundlinien der Partei.

Was freilich nie unproblematisch war. Denn natürlich produzieren solche Bündnisse, wenn sie lange halten und – wie das hier der Fall war – auch eine Art informelle Struktur quer zu Wahl-funktionen darstellen, immer und notwendigerweise auch Ausschließungen.

Michael Schumann hatte in seiner Rolle als einflussreicher Stratege und Programmatiker seinen Platz gefunden, und so, wie er auf den Landeslisten der PDS zu den Landtagswahlen lieber auf den nicht ganz vorderen Plätzen kandidierte, empfand er auch seine Position als Mitglied des Vorstands der Gesamtpartei als angemessen und seinen Vorstellungen hinsichtlich der Organisation seiner verschiedenen Arbeitsfelder entsprechend.

Aber die Entwicklung des erfolgreichen Dreigestirns beweist sehr deutlich: Das Herausragende und das dieses Herausragende schon bald Gefährdende liegen auch in der Geschichte der PDS dicht beieinander. Ein besonders markantes Beispiel dafür ist der mutige – und erfolgreiche – Hungerstreik gegen den Steuerbescheid in Höhe von 67,5 Mio. DM Anfang Dezember 1994. Es hatten sich zu dieser Aktion, die vom 29. November bis zum 7. Dezember dauerte, zusammengefunden: der Parteivorsitzende Lothar Bisky, der Vorsitzende der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, dazu Schatzmeister Dietmar Bartsch, Pressesprecher Hanno Harnisch, Wahlkampfleiter André Brie, Heinz Vietze und Michael Schumann. Es hatte dies keine protokollarische oder parteihierarchische Logik, sondern ergab sich aus den programmatischen Gemeinsamkeiten und persönlichen Beziehungen der Beteiligten. Nie gab es in der PDS Zweifel am Mut und an der Integrität des Strebens derer, die sich zu diesem Hungerstreik entschlossen hatten. Wohl aber wurden mit den Jahren Zweifel hörbar, ob sich aus dieser Gruppe nicht ein exklusiver, alle gewählten Hierarchien in Frage stellender oder außer Kraft setzender Zirkel gebildet hatte. Und ganz gewiss hat die tiefe und lange fortwirkende Erschütterung der PDS auf und nach ihrem Münsteraner Parteitag vom April 2000 auch mit diesen Zweifeln zu tun.





